

# Prämienverbilligung auf Sparflamme

Trotzdem gibt es nächstes Jahr zwölf Millionen Franken mehr für wirtschaftlich schwache Haushalte.

Daniela Deck

An Bedauern und Bekundungen guter Absicht mangelte es nicht rund um die Prämienverbilligung. Doch wie weit die Abfederung der «unsozialen Kopfprämie», wie die Krankenkassenprämie am Dienstag im Kantonsrat verbreitet genannt wurde, gehen sollte, darüber gingen die Meinungen auseinander. Die Mitte sah sich sogar dem Vorwurf des Wortbruchs ausgesetzt.

Der Kanton Solothurn muss im Minimum 80 Prozent dessen, was der Bundesbeitrag ausmacht, an die Prämienverbilligung beisteuern. Im Maximum können die 80 Prozent um 30 Millionen aufgestockt werden. Deshalb muss die Prämienverbilligung im Parlament jedes Jahr von neuem ausgehandelt werden. Der wichtigste Faktor für die Debatte zur Bemessung war diesmal das grosse Budgetdefizit von 112 Millionen Franken.

Nicht nur die Fraktionen stellten dem Minimalvorschlag der Regierung eine eigene Lösung gegenüber, auch die zuständige Sozial- und Gesundheitskommission (Sogeko) stieg im November mit einem Gegenvorschlag ins Rennen: 85 Prozent des Bundesbeitrags respektive 5,297 Millionen Franken zusätzlich zum Minimum sollten es sein, wie Fraktionssprecherin Marlene Fischer (Grüne, Olten) darlegte.

Sie argumentierte mit der massiven Erhöhung der Krankenkassenprämien um 8,7 Prozent und der Wirksamkeit der Prämienverbilligung, die dafür



Aus Spargründen hält der Kantonsrat bei der Prämienverbilligung am Minimum fest. Dennoch steht nächstes Jahr etwas mehr Geld zur Verfügung als dieses Jahr. Bild: Christian Beutler

sorgt, dass andere Bereiche des Sozialwesens entlastet werden.

## Die Mitte mit der Linken im Clinch

Das ging der Mitte-Fraktion angesichts der finanziellen Situation des Kantons zu weit. Als «moderate, begründete Erhöhung» schlug Fraktionssprecher André Wyss (EVP, Rohr) eine Erhöhung des Kantonsbeitrags auf 82,5 Prozent vor. Dies nicht ohne den Hinweis, dass es die Mitte war, die letztes Jahr die Erhöhung auf 85 Prozent initiiert hatte.

Dieser Antrag beschwor den Zorn der SP herauf, die mit Unterstützung der Grünen als Trotzreaktion den Antrag auf 90 Prozent des Bundesbeitrags stellte. Denn Fraktionssprecherin und Sogeko-Präsidentin Luzia Stocker (Olten) warf der Mitte vor, sich nicht an die Abmachung innerhalb der Sogeko gehalten zu haben. Ein Vorwurf, den Sogeko-Mitglied Thomas Studer (Selzach) mit dem Hinweis, die Mitte-Fraktion kenne keinen Fraktionszwang, nicht auf sich sitzen liess. Zum neunten Mal in Folge

vertrete sie für die Fraktion das Geschäft im Kantonsrat, sagte Stocker. «In dieser Zeit sind die Krankenkassenprämien massiv gestiegen und die Anspruchsberechtigung massiv gesunken.» Erschwerend kämen diesmal die hohen Energiekosten und gestiegene Mietzinse hinzu, welche in wirtschaftlich schwachen Haushaltungen grosse Sorgen bereiten.

Landesweit liege der Kanton bei der Prämienverbilligung an drittletzter Stelle, so Stocker. Da der Löwenanteil für Ergänzungsleistungs- und Sozialhilfe-

bezügler ausgegeben werden muss, würden für die individuelle Prämienverbilligung nur rund 1300 Franken pro Kopf und Jahr übrig bleiben.

## Die Nase vorn hatte erst die Maximalvariante

Darüber, dass die Teuerung unzählige Haushalte unter Druck bringt, waren sich alle einig. Doch um zu verhindern, dass auch der Staatshaushalt zu sehr in Schieflage gerät, hielten FDP, SVP und Grünliberale an der Unterstützung für den Minimalbeitrag fest.

Eine Überraschung gab es dann bei der ersten Abstimmung, die das «Höchstgebot» von SP/Grüne (90 Prozent) den 82,5 Prozent der Mitte gegenüberstellte: Die 90-Prozent-Variante verbuchte 65 (zu 21) Stimmen. Wer von einer Öffnung des Füllhorns ausging, hatte sich zu früh gefreut. Nachdem der Antrag SP/Grüne sich auch gegen den Kommissionsvorschlag durchgesetzt hatte, endete die Schlussabstimmung deutlich zugunsten der Minimalvariante der Regierung: mit 82 gegen 3 Stimmen, bei 1 Enthaltung. Damit stehen 2024 190,7 Millionen Franken für die Prämienverbilligung zur Verfügung.

## Heuer wird der Beitrag ausgeschöpft

Für Unmut quer durch alle Parteien sorgte die Tatsache, dass trotz der Umstellung des Informatiksystems noch keine genauen Zahlen zu Anträgen und Anspruchsberechtigung vorliegen. Nächstes Jahr sollen diese Daten abrufbar sein. Ohne Simulationsberechnungen kann der Kanton kaum kontrollieren, ob bei der Prämienverbilligung anspruchsberechtigte Familien und Einzelpersonen durch die Maschen fallen. Dazu sagte Gesundheitsdirektorin Susanne Schaffner, sie hoffe auf die Ausgleichskasse. Diese habe das Zahlenmaterial für das kommende Jahr versprochen. Schaffner schloss ihr Votum mit der Information, dass im Hinblick auf Weihnachten der letzte Zahlungslauf an die Berechtigten der Prämienverbilligung ausgelöst worden sei, womit der Jahresbeitrag ausgeschöpft werden dürfte.

# 112 Millionen Defizit – jetzt muss ein neues Sparpaket her

Budgetdebatte im Kantonsrat: Regierung kündigt Massnahmenplan im Umfang von 60 Millionen an.

Urs Moser

Bei der Präsentation im September waren es noch 56 Millionen, die überarbeitete Fassung des Voranschlags 2024, die dem Kantonsrat nun zur Beratung vorliegt, rechnet mit einem Defizit von 112 Millionen. Man geht nicht mehr von einer Gewinnausschüttung der Nationalbank aus, und mittlerweile sind auch die zwei Prozent Teuerungsausgleich für das Staatspersonal im Budget enthalten.

Mit einem Eigenkapital von 700 Millionen kann der Kanton zwar auch ein solches Defizit für einmal gut verkraften, der Regierungsrat hat nun aber doch beschlossen, angesichts dieser Ausgangslage mit der Aussicht auf tiefere Zahlen auch in den kommenden Jahren ein neues Massnahmenpaket zur Entlastung des Staatshaushalts zu schnüren. Es soll mindestens 60 Millionen bringen (vgl. Zweittext).

Wohl nicht zuletzt wegen dieser Ankündigung reagierte man zum Auftakt der Budgetberatung im Kantonsrat am Diens-

tag auch im bürgerlichen Lager einigermaßen gelassen auf die roten Zahlen, wobei es von der SVP natürlich einmal mehr Schelte absetzte. Man bewege sich nahe am finanziellen Abgrund und habe das bewusst in Kauf genommen, kritisierte Sprecher Richard Aschberger (Grenchen), der in den vergangenen Jahren immer wieder den jetzt angekündigten Massnahmenplan einverlangte. Nun verliere man unnötigerweise Zeit zur Stabilisierung des Staatshaushalts.

FDP-Sprecher Christian Thalmann (Breitenbach) lehnte den Rückweisungsantrag der SVP mit dem Ziel, bereits für 2024 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, dennoch entschieden ab. Wohl begeben sich der Kanton aktuell auf ein «gefährliches Niveau», eine kurzfristige massive Korrektur wie von der SVP gefordert, etwa mit einem rigorosen Stellenabbau, sei aber schlicht unrealistisch.

Das sah auch Fabian Gloor (Mitte, Oensingen) so. Wohl habe man tiefere Sorgenfalten als auch schon, Panikmache sei

aber nicht angebracht. Man begrüsse den angekündigten Massnahmenplan, das in den letzten Jahren aufgebaute Eigenkapital erlaube es, hier «aus einer stabilen Situation» mit Bedacht zu agieren. Unmut auf bürgerlicher Seite rief die Reaktion der Personalverbände auf die Lohnmassnahmen unter deren Erwartungen hervor. Mit

## Das steht im Sparbefehl der Regierung

Es geht darum, den finanziellen Handlungsspielraum trotz nicht beeinflussbarer Herausforderungen (etwa steigende Kosten für Spitalbehandlungen und steigende Schülerzahlen) zu erhalten, so der Regierungsrat in seinem Beschluss für ein Massnahmenpaket. Die Departemente werden darin beauftragt, ihre Leistungen auf ihre «Notwendigkeit, Effektivität und Effizienz» zu überprüfen. Dasselbe gilt für Dienstleistungen, die der Kanton gegenüber den Gemeinden erbringt. Zielvorgabe ist eine Entlastung der Er-

den gewährten zwei Prozent begeben man sich am «oberen Rand», so Gloor.

## Zu generös gegenüber den Gemeinden?

Ganz anders sieht man das auf der links-grünen Seite: Das Staatspersonal müsse einen realen Kaufkraftverlust hinnehmen, die zwei Prozent seien ein

folgsrechnung um mindestens 60 Millionen Franken. Dabei wird aufs Tempo gedrückt. Noch im ersten Quartal 2024 will der Regierungsrat aus den Vorschlägen einen konkreten Massnahmenpaket schnüren. Dieses soll dann im zweiten und dritten Quartal zusammen mit Gemeinden, Verbänden und weiteren Institutionen im Detail erörtert, konsensfähig detailliert (runder Tisch) und bis Ende Jahr dem Kantonsrat und gegebenenfalls dem Stimmvolk zur Beschlussfassung vorgelegt werden. (mou)

gangbarer Kompromiss, so Heinz Flüch (Grüne, Solothurn). Seine Gesamteinschätzung zum 112-Millionen-Defizit: «vertretbar».

Es sei eine Selbstverständlichkeit, ein Zeichen für das Personal zu setzen, betonte auch SP-Sprecher Simon Bürki (Biberist) und wiederholte mit Verweis auf das in den letzten Jahren angelegte Kapitalpolster, dass die Forderung nach «einschneidenden» Massnahmen mit einem schmerzhaften Leistungsabbau verfrüht und eine «Sparhysterie» fehl am Platz wäre. Er brachte im Hinblick auf kommende Diskussionen einen anderen Punkt ein: Was man sich nicht mehr leisten könne, sei die in den letzten Jahren an den Tag gelegte Generosität gegenüber den Gemeinden, die im Durchschnitt finanziell wesentlich besser dastehen als der Kanton.

## Korrekturen eher im kosmetischen Bereich

Die Budgetdebatte wird am Mittwoch mit der Behandlung der einzelnen Globalbudgets für

die verschiedenen Verwaltungsbereiche fortgesetzt. Dabei kommt es höchstens noch zu geringfügigen Anpassungen. Das Globalbudget für den öffentlichen Verkehr zum Beispiel hatte die vorbereitende Kommission in einer ersten Fassung zurückgewiesen, nachdem es mit einem Jahressaldo von 41,3 Millionen rund 9 Prozent über der Vorperiode lag – und das ohne grossen Angebotsausbau. Am Schluss musste man aber zur Kenntnis nehmen, dass sich in Nachverhandlungen mit den Transportunternehmen kaum etwas herausholen lässt. Mehr als 800'000 Franken waren nicht mehr einzusparen, und dies auch nur, weil die befürchtete Kürzung von Bundesbeiträgen nun doch nicht eintritt.

Kontroversen wird es am Mittwoch unter anderem um das Budget für die Kantonspolizei geben, wo die SVP eine Kürzung um knapp drei Millionen und SP-Kantonsrätin Nadine Vögeli (Präsidentin des Polizeipersonalverbands) eine Erhöhung um eine halbe Million verlangt.